

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Klimaschutz-Landesrat Rudi Anschober**

26. März 2019

zum Thema

**Klimakrise spitzt sich zu - warum beim Klimaschutz  
nun auch ein Finanzdebakel droht**

### Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

## **Klimakrise spitzt sich zu - warum beim Klimaschutz nun auch ein Finanzdebakel droht**

Das Weltklima-Übereinkommen von Paris sieht vor, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine vollständige Dekarbonisierung anzustreben. Österreich hat dieses Übereinkommen ratifiziert. Internationale Fachexpert/innen meinen, dass dieses Ziel für die Zukunftssicherung der nächsten Generationen absolut notwendig ist und dann noch erreicht werden kann, wenn ab sofort die CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch verringert werden. Die österreichische Bundesregierung hat der EU-Kommission den Entwurf eines Klimaplanes vorgelegt, der in seiner jetzigen Fassung dazu führen würde, dass Österreich seine Klimaziele um Millionen von Tonnen CO<sub>2</sub> verfehlt. In diesem Fall müsste Österreich die fehlende Emissionsverringering mit dem Zukauf von Emissionszertifikaten wettmachen und Vertragsverletzungsverfahren würden zusätzlich Geld kosten. Expert/innen rechnen mit drohenden Kosten kumuliert von 2021 bis 2030 von bis zu zehn Milliarden Euro. Für OÖ könnte dies Kosten von rund 300 Mio. Euro bedeuten.

Oberösterreichs Klimaschutz-Landesrat Rudi Anschober fordert daher, jetzt massiv in die Verkehrswende (zusätzliche Nahverkehrsmilliarde und zusätzliche Milliarde für den ÖV im ländlichen Raum) und die Energiewende zu investieren und eine ökosoziale Steuerreform zum Antreiben des Klimaschutzes umzusetzen. Dafür will Anschober eine Allianz der Bundesländer erreichen. Ziel Anschobers ist es, bei der Klimareferent/innenkonferenz am 12. April im Burgenland klare Beschlüsse zu fassen für ein umfassendes Nachbessern des NKEP (Nationaler Klima- und Energieplan). Anschober wird dafür konkrete Vorschläge vorlegen. Eingeladen werden sollen daher nicht nur Umweltministerin Köstinger (als fixer Teil der Klimareferent/innenkonferenz), sondern auch die besonders betroffenen Finanzminister und Infrastrukturminister - sowie die Klima- und Finanzexpert/innen des Wegener

**Institutes. Anschober: „Die Expert/innen sollen ihre Prognosen präsentieren. Und Finanzminister und Infrastrukturminister brauchen wir dringend dazu, denn das Umweltministerium alleine kann das Klima nicht retten!“**

**„Wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu setzen, wurde jahrelang verabsäumt. Seit 1990 sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich sogar um vier Prozent angestiegen - weltweit und auch in Österreich wurde zuletzt eine Rekordemission verzeichnet. Am wichtigsten ist, dass nun der Beginn einer echten Klimaschutzoffensive folgt - mit massiven Einsparungen an Treibhausgas-Emissionen in allen Bereichen. Die Konzepte und Technologien sind längst vorhanden, es fehlt bisher nur der Wille. Es braucht eine Nahverkehrsmilliarde sowie eine zusätzliche Milliarde für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Regionen. Ich fordere eine Ausbauoffensive für den Radverkehr und für ein flächendeckendes Angebot der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität. Ein rascher Ausstieg aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern und eine starke Beschleunigung der Energiewende, durch eine umfassende ökosoziale Steuerreform, können der Klimakrise noch gegensteuern“, fordert Landesrat Anschober.**

**Anschober: „Statt die Zukunft unserer Kinder zu verspielen und später Milliarden an Strafe zu bezahlen, muss jetzt investiert werden. Wir brauchen ein Investitionsprogramm in Form mehrerer Milliarden Euro – das schafft Jobs und verbessert die Lebensqualität von hunderttausenden Menschen und ist eine entscheidende Investition in die Zukunftssicherung unserer Kinder. Ich werde nun das Gespräch mit den Bundesländern suchen. Es braucht jetzt eine breite Allianz der Bundesländer um endlich wirkungsvolle Maßnahmen zu setzen und Österreich in Sachen Klimaschutz wieder auf Kurs zu bringen.“**

## Kritik an Klimaplan und Forderungen

Die Lage ist ernst und alarmierend. Die Witterung im Jahr 2018 hat gezeigt, wie weit die Klimakrise bereits fortgeschritten ist und wie stark wir auch in Oberösterreich davon beeinflusst werden. Das Jahr 2018 brachte ein extrem warmes und viel zu trockenes Sommerhalbjahr, das österreichweit mehr als 1 °C wärmer war als das bisherige Rekordjahr 2003. Grünlandbetriebe mussten starke Ertragseinbußen hinnehmen, der Borkenkäferbefall verursachte einen enormen Schadholzanfall in Oberösterreichs Wäldern, Kartoffelbauern litten unter Ernteaussfällen, unzählige Brunnen vertrockneten. Aufgrund der geringen Niederschläge sank die Wasserführung in den Flüssen - in der Donau musste die Beladung der Schiffe reduziert werden und die Erträge aus der Stromproduktion durch Wasserkraft sanken drastisch. Immer neue Rekordtemperaturen, immer extremere Witterung, Dürre, schwere Schneefälle und enorme Schäden im Ausmaß von rund 150 Mio. Euro alleine in unserem Bundesland - alleine im Vorjahr. Klimaschutz-Landesrat Rudi Anschober fordert, dass Oberösterreich und Österreich nun alles tun müssen, damit wir von der Klimakrise nicht in die Klimakatastrophe schlittern. Die Regierung muss bis Jahresende einen nationalen Klima- und Energieplan (NEKP) vorlegen, in dem die nächsten Klimaschutzschritte dargelegt werden. Der Entwurf dazu wurde bereits im Dezember an die Europäische Kommission geschickt.

*Anschober: „Dieser vorgelegte Klimaplan beinhaltet Lücken - Zeitpläne, Etappenpläne, vielfach fehlen die Maßnahmen und die Finanzierungspläne. So kann Österreich die Klimaziele nicht erreichen, so würden im kommenden Jahrzehnt sogar Milliarden an Strafzahlungen und für Zertifikatszukäufe notwendig. Noch kann der Klimaplan überarbeitet werden- und das muss die Bundesregierung gemeinsam mit Ländern und NGOs nun beginnen - damit bis zur letzten Frist zu Jahresende ein brauchbarer und verantwortungsvoller Klimaplan vorliegt.“*

*„Österreich ist bisher eines der Schlusslichter in der EU beim Klimaschutz - seit 1990 ist die vielfach versprochene Trendwende bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht gelungen, im Gegenteil, die Emissionen sind sogar gestiegen. Auch zuletzt - weltweit und in Österreich“, sagt Anschober.*

Landesrat Anschober fordert daher einen Neubeginn der Klimaschutzpolitik in Österreich und einen völligen Neustart bei der Erarbeitung des Klimaplan, den Österreich mit Jahresbeginn der EU-Kommission vorlegen musste.

#### **Anschobers Grundanforderungen für den Klimaplan:**

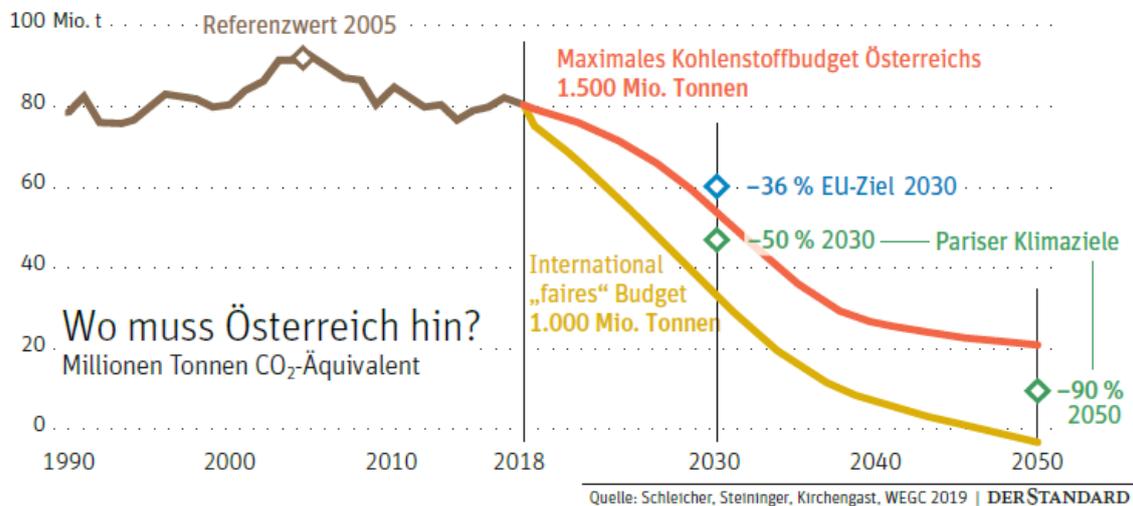
- **Verkehrswende einleiten: u.a. mit einer zusätzlichen Nahverkehrsmilliarde und einer zusätzlichen Investitionsmilliarde in den ÖV am Land, Investitionsoffensive für den Radverkehr und eine Offensive für die Errichtung von E-Ladestationen**
- **Energiewende beschleunigen: u.a. durch Sofortausstieg aus der Neuinstallation von Ölheizungen**
- **klimaschädigende Subventionen vollständig stoppen**
- **ökosoziale Steuerreform für den Klimaschutz umsetzen**
- **die Pariser Klimaziele als politisches Vorrangziel in die Bundesverfassung aufnehmen**

#### **Milliardenkosten durch Zertifikatszukäufe drohen**

Österreich hat sich verpflichtet, seinen Treibhausgasausstoß bis 2030 um mindestens 36 Prozent zu reduzieren. Zentrales Ziel der Klimapolitik der Bundesregierung ist die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Das Übereinkommen von Paris sieht vor, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine vollständige Dekarbonisierung anzustreben. Aktuelle Emissionsszenarien des Umweltbundesamtes zeigen, dass Österreich von seinen Klimaschutzzielen jedoch weit entfernt ist und die Emissionen in den letzten Jahren wieder zugenommen haben. Außerhalb des

Emissionshandels lagen die Emissionen in Österreich im Jahr 2017 bei insgesamt 51,7 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten und damit zum ersten Mal seit Jahren auch wieder über dem vorgeschriebenen Zielpfad bis 2020. Eine Abnahme der Emissionen ist zurzeit nicht absehbar, womit die Zielerreichung bis zum Jahr 2030 weit entfernt ist und sogar eine ursprünglich absehbare Zielerreichung bis 2020 (minus 16 % zu 2005) nicht mehr sichergestellt scheint. Unter der Annahme, dass nur bereits beschlossene und keine weiteren Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden und dadurch die Emissionen Österreichs (außerhalb des Emissionshandels) in etwa auf dem Niveau von 2017 stabil gehalten werden, droht in der Periode von 2021 bis 2030 eine kumulierte Zielpfadabweichung für Österreich von insgesamt 90 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten. Insgesamt dürften die Treibhausgasemissionen 2018 im Vergleich zum Vorjahr zwar aufgrund der mildereren Wintertemperaturen und damit der geringeren Anzahl an Heiztagen leicht gesunken sein. Ein Grund zum Aufatmen ist das jedoch nicht: Die jährliche Gesamtemission liegt nach Berechnungen des Wegener Center der Universität Graz weiterhin über dem Wert aus dem Jahr 1990.

Dass die EU-Ziele durch die vorgesehenen Maßnahmen erreicht werden, ist nach Ansicht des Wegener Center aus wissenschaftlich-technischer Sicht de facto unmöglich. Dabei handelt es sich bei der Reduktion um 36 Prozent um eine Mindestangabe, die Union ermutige die Mitgliedstaaten, darüber hinaus auch Einsparungen zu erzielen. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, müssten die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich bis 2030 um mindestens 50 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent reduziert werden. Dieses Ziel würde angesichts des NEKP-Entwurfs in unerreichbare Ferne rücken.



Grafik 1: Zielwerte CO<sub>2</sub>-Emissionen „Wo muss Österreich hin?“ (derstandard.at / WEGC 2019)

Das Wegener Center rechnet vor, dass Österreich seine Emissionen bis 2020 nicht geplant um 16 Prozent, sondern nur um zehn bis zwölf Prozent reduzieren wird. Dadurch würde sich auch der Zeitrahmen drastisch schmälern, um noch die 36-prozentige Reduktion bis 2030 zu erreichen. Das wäre nicht nur aus klimatischer Perspektive schwerwiegend: Verfehlt die Republik im kommenden Jahrzehnt die EU-Klimaziele, muss Österreich CO<sub>2</sub>-Zertifikate zukaufen. Ohne Zusatzmaßnahmen könnten bis 2030 Folgekosten von bis zu zehn Milliarden Euro auf die Republik zukommen.

### Unkalkulierbares Finanzrisiko

Im Detail sind die konkreten Kosten nicht präzise kalkulierbar, weil die Zertifikatskosten von der Menge vorhandener Zertifikate abhängen wird. Verfehlen viele Mitgliedsstaaten die Emissionsziele, würde dies mit hoher Wahrscheinlichkeit durch Verknappung von Zertifikaten zu einer starken Erhöhung der Zertifikatspreise führen. Damit ist das Finanzrisiko für Österreich unkalkulierbar. Dazu kommen die Kosten eines Vertragsverletzungsverfahrens, die mit einer Zielverfehlung unweigerlich verbunden wären.

## **Finanzdebakel durch Klimadebakel vermeiden, jetzt Investitionsoffensive in den Klimaschutz starten**

2019 muss ein erfolgsversprechender Energie- und Klimaplan an die EU gemeldet werden, mit dem die Pariser Klimaziele umgesetzt werden können. Doch der Entwurf ist völlig unzureichend - er würde zu einem dramatischen Verfehlen der Klimaziele und zu Milliarden an Strafzahlungen führen.

Es wäre verantwortungslos, sehenden Auges die Zukunft der nächsten Generationen zu zerstören und gleichzeitig ein Milliardendebakel für Österreich zu verursachen. Es braucht daher jetzt ein massives Nachbessern des Nationalen Klima- und Energieplanes - die dafür notwendige Investitionsoffensive bringt die Chance massiver volkswirtschaftlicher Gewinne und mehr Beschäftigung.

Anschober strebt dafür eine Allianz der Bundesländer bei der Klimaschutzreferent/innenkonferenz am 12. April im Burgenland.

### **Konkret fordert Anschober fünf Punkte:**

1. Das Erreichen der Weltklimaziele von Paris für 2030 sowie 2050 wird als vorrangiges Verfassungsziel in der Bundesverfassung der Republik Österreich verankert – Vorrang für Klimaschutz.
2. Vorrang für eine beschleunigte Energiewende: Sicherstellung eines funktionierenden Rechtsrahmens für 100 Prozent Erneuerbaren Strom bis 2030, 60 Prozent Erneuerbare Wärme bis 2030 und 100 Prozent Erneuerbare Wärme bis 2050.
3. Konsequente Einleitung der Mobilitätswende: Eine Milliarde pro Jahr zusätzlich für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in urbanen Räumen plus eine Milliarde zusätzlich pro Jahr für den Ausbau des öffentlichen

Verkehrs in ländlichen Regionen. Einführung eines österreichweiten 365-Euro-Tickets für den gesamten Öffentlichen Verkehr. Start einer Offensive für den Fuß- und Radverkehr. Flächendeckende klimaschonende Raumordnungspolitik, Verursacherprinzip im Güterverkehr, alle Schäden müssen kostenwahr in Mauten und Steuern berücksichtigt werden.

4. Streichung klimaschädigender Subventionen durch Bund und Länder. Ökologische Modernisierung der Wirtschaft durch Stärkung von Bildung, Forschung und Innovation und Neuausrichtung des Steuer- und Fördersystems forcieren.
5. Umsetzung einer aufkommensneutralen ökosozialen Steuerreform im Jahr 2020. Klimaschädliches Verhalten wird belastet und klimaschützendes Verhalten belohnt - die Verwendung Erneuerbarer Energie, die Nutzung des Öffentlichen Verkehrs, biologische, regionale und saisonale Lebensmittel.